zurück, ohne irgendwo großen Widerstand zu leisten. Broawood's Reiterbrigade stieß bei dem Vorstoße nach Osten und Norden auf eine starke nach Thabanchu marschirende Boerenabtheilung; diese wurde von den Engländern angegriffen und in der Richtung auf Brandford zurückgeworfen. Die Brigade erreichte Isabelfontein. Die Divisionen von French, Rundle und Hamilton, die noch in der Gegend von Thabanchu stehen, beschleunigten nicht ihren Vorstoß. Die Boeren waren etwa 4000 Mann stark. Die ganze Abtheilung der Boeren gegenüber Hamilton und French ist angeblich gänzlich zerstreut.

Der „Central News" wird aus Lourenço Marquez vom 1. Mai gemeldet: Die Belagerung

Majekings

soll so gut wie aufgehoben sein, da der Commandant Eloff und eine große Anzahl Boeren sich von dort zurückgezogen hätten. Eloff kehrte angeblich nach Pretoria zurück.

Einer Meldung der Blätter aus Durban vom 3. d. M. zufolge theilt ein Colonist, der soeben von Salisbury über

Beira

angekommen ist, mit, daß die australischen Truppen am 19. April eine Stellung 60 Meilen südlich von Salisbury erreicht und sofort begonnen haben, weiter hinunter zum Limpopo zu marschiren. — So schnell dürfte der Vormarsch in jener unwirthlichen Gegend denn doch nicht gegangen sein.

Wie verschiedene Pariser Blätter melden, hat die

Boerenabordnung

im Augenblicke ihrer Abreise nach Amerika eine Erklärung an das amerikanische Volk veröffentlicht, in welcher sie ankündigt, nach Amerika zu gehen, um die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten um ihren Beistand zur Wiederherstellung des Friedens in Südafrika zu bitten. Das Volk der Vereinigten Staaten habe vor einem Jahrhundert ein gleiches Ringen für die gleichen Ziele, wie die Boeren jetzt, durchzumachen gehabt. Verleumdungen und Lügen seien über sie verbreitet worden. Jetzt sollte die Wahrheit verkündet werden in dem Vertrauen, daß der Appell der Boeren an das freie Volk der großen amerikanischen Republik nicht vergebens sein werde. Amerika möge dem Kriege ein Ende machen, welcher in Wirklichkeit ein Bruderkrieg sei, dessen Ergebniß niemals mit den aufgewendeten Opfern in Einklang stehen könne. Eine befriedigende Lösung könne leicht durch einige rechtlich denkende Männer gefunden werden, welche die Streitpuncte sachgemäß erörtern. Amerika werde begreifen, daß England die Unabhängigkeit der Boerenrepubliken zu vernichten drohe in gleicher Weise, wie es dies vor 100 Jahren erfolglos mit Nordamerika versucht habe.

Der letzte Brief des im Kampfe gegen die Engländer gefallenen

Obersten Villebois-Mareuil,

der aus der Umgebung von Kroonstad vom 13. März datirt war, wird vom „Gaulois" veröffentlicht. Der Oberst schreibt unter Anderem: „Ich bin dem Rückzuge gefolgt und habe von Neuem an den Operationen oder vielmehr Stellungnahmen theilgenommen, die ich mißbilligte, und mußte die Boeren wie Schnee vor der Sonne schmelzen sehen, so daß ich fast Alles verloren glaubte. Glücklicher Weise fand ich aber bei den Präsidenten Steijn und Krüger den unbeugsamen Willen, Widerstand zu leisten und ihre Truppen neu zu formiren. Dieses Mal fand, leider zu spät, die von mir gepredigte Guerillataktik endlich die allgemeine Zustimmung. Jeder räumt mir übrigens die Ehre für diese ein und die Zutrauens- und Achtungsbezeugungen, die ich von den beiden Präsidenten und dem General Joubert erhalten habe, verpflichteten mich, meine Rathschläge in die Praxis umzusetzen. Ich übernehme den Oberbefehl über eine aus allen Ausländern gebildete Fremdenlegion. Es ist das eine schwere Aufgabe, aber ich bin hierher gekommen, um die ganze Partie gegen England zu spielen und, so lange mir ein Mittel bleibt, ihm zu schaden, werde ich den Degen nicht in die Scheide stecken." Zum Schluß theilt der Oberst mit, daß man wiederholt absichtlich auf ihn geschossen habe, aber er verliere schon den Glauben an die Gefährlichkeit der Dum-Dumgeschosse, doch wäre es ihm lieber, nicht im Bette sterben zu müssen.

„Senator" Krüger.

* Bei den am Sonntag in Frankreich stattfindenden Gemeinderathswahlen werden allem Anscheine nach auch für den Präsidenten der südafrikanischen Republik, Krüger, zahlreiche Stimmen abgegeben werden. „Wir sind ein edles Volk. Jeder weiß es", schreibt der „Figaro". „Wir übernehmen gern, in Worten wenigstens, die Vertheidigung der Schwachen und der Unterdrückten, aber unsere Sympathie für diese nimmt zuweilen sehr sonderbare Formen an. In diesem Augenblicke selbst bemühen wir uns, den Boeren unsere Gefühle der Achtung und Freundschaft zu bezeigen. Wir vernachlässigen keine Gelegenheit, zu ihren Gunsten zu manifestiren, und diese Bewegung entspringt einem zu guten Naturell, als daß man daran denken dürfte, sie zu beseitigen. Thatsächlich haben auch bei der am Sonntag im Departement Pas de Calais vollzogenen Wahl eines Senators nicht weniger als siebzig Delegirte für den Präsidenten der südafrikanischen Republik gestimmt. Da diese Delegirten je eine Gemeinde repräsentiren, sollte wohl eine Art Plebiscit in kleinerem Maßstabe zu Gunsten der Boeren stattfinden. Dies ist auch deshalb bezeichnend, weil französische Blätter immer von Neuem die öffentliche Meinung in Deutschland ihrer Boerenfreundlichkeit wegen den Engländern „denunciren" zu müssen glauben. Im „Figaro" wird übrigens nicht ohne Humor hervorgehoben, daß Präsident Krüger augenblicklich wohl in Verlegenheit kommen würde, falls er seine Functionen als Mitglied des französischen Senats ausüben sollte, zumal da er gar nicht wählbar ist. „Ich denke mir übrigens", heißt es in diesem Zusammenhange ironisch, „daß die Engländer Herrn Krüger lieber als Senator in Frankreich, denn als Präsidenten in Transvaal sehen würden."

Max Müller und Theodor Mommsen

setzen im Maiheft der „Deutschen Revue" ihren Gedankenaustausch über die Rechtsfrage im südafrikanischen Kriege fort. Max Müller bleibt bei der in seinem ersten Artikel über diesen Gegenstand geäußerten Ansicht stehen und bemüht sich neuerdings, den Nachweis zu erbringen, daß die Friedensstörung von den Boerenstaaten ausgegangen sei. Gegen diese Auffassung richtet sich vornehmlich Mommsen's Antwort auf Müller's Darlegungen. Der greise deutsche Gelehrte beschränkt sich im Wesentlichen darauf, „die relativ einfache und den eigentlichen Kriegsgrund in sich tragende Frage, wie und wann der Transvaalstaat dazu gekommen ist, gegen die englische Schutzmacht zu rüsten, und inwiefern diese Rüstungen defensiver oder offensiver Natur waren", zu beantworten. An der Hand der Transvaalbudgets von 1882 bis 1898 legt Mommsen dar, daß die Ausgaben für Kriegszwecke sich bis zu 1894 einschließlich in bescheidenen Grenzen (30 000 Lstrl.) hielten, und daß erst mit dem Jahre 1896 eine Aenderung eintrat, nämlich eine erhebliche Steigerung der Ausgaben, die ohne Zweifel hauptsächlich mit den Militärkosten zusammenhingen. Dem Einwand, daß der Jameson'sche Einfall erst im December 1895 erfolgte, die Rüstungen Transvaals aber schon von diesem Zeitpuncte ihren Anfang nahmen, begegnet Mommsen mit dem Hinweise, daß nach dem Zugeständniß englischer Blätter die Vorbereitungen zu dem Einfall schon im Januar 1895 begannen, und man in Johannesburg sowie in Prätoria Monate vorher wußte, worauf man sich gefaßt zu machen habe. Und weil die englische Regierung nach Jameson's Einfall ihre Schuldigkeit nicht that, habe man sich auf die vermehrte und verbesserte Auflage des Raubzuges vorbereiten müssen. Die Folge davon sei die Kriegserklärung vom 9. October 1899 gewesen. Mommsen schließt seine Ausführungen mit folgenden wuchtigen Sätzen, in denen er sich zum Dolmetsch der Ansichten der ganzen gesitteten Welt macht:

„Es ist keine Freude, einen Mann wie Max Müller ins Unrecht zu setzen — er mag es mir glauben, es thut mir in der Seele weh, wenn ich ihn in der Gesellschaft seh' von Beit und von Rhodes, dem Manne, dessen Name bestimmt ist, auf den künftigen Erdkarten Englands Schande zu verewigen. Es ist noch weniger eine Freude, in die Zukunft zu blicken, die dieser Krieg vor uns aufthut.

Ich spreche nicht zunächst von Deutschland. Uns kann es gleich sein, ob die Abhängigkeit des Transvaalstaates von England in der Form der halbsouveränen Republik oder in der Form einer englischen Colonie auftritt. Sollte es jemals, quod absit, zu einem wirklichen Conflict zwischen den Nationen kommen, deren alte Verbrüderung M. Müller mit vollem Rechte wieder und wieder anruft, so würde man wahrlich nicht nach der Regierungsform des einzelnen Districts fragen, sondern nach der Stimmung der Bewohner. Nicht ich sage es, sondern die englischen Intellectuellen, daß sie den Protest gegen den Krieg erhoben als an assurance of sympathy to their Dutch fellowsubjects in the South African colonies. Diejenigen englischen Imperialisten, welche auf diesem Wege einen Zuwachs der englischen Macht erhoffen, wissen wirklich nicht, was sie thun.

Von England spreche ich. In welcher furchtbaren Gefahr dasselbe sich befindet, ist manchem seiner Freunde klar und allen seinen Feinden. Der österreichisch-preußische Krieg war in sieben Tagen, der französisch-deutsche in sieben Wochen entschieden; ihre Kürze hat es möglich gemacht, diese Katastrophen zu localisiren und den drohenden Weltbrand abzuwenden. Hinsichtlich des Boerenkrieges ist Alles ungemiß, mit Ausnahme seiner Langwierigkeit. Jeder Tag desselben nagt an den Wurzeln der englischen Weltstellung. Bei den civilisirten und mehr noch bei den halbcivilisirten Nationen verblaßt Englands militärische und politische Geltung; an dem kunstvollen Riesenbau der Meer- und Küstenherrschaft geräth ein Pfeiler nach dem anderen ins Schwanken. Es schwankt auch schon das eigentliche Fundament der Größe Englands, das Recht der freien Männerrede. M. Müller preist England als das Land, wo Jeder seine Ueberzeugung frei ausspricht. Das war einmal so. Aber jetzt berichten die englischen Blätter vom mob law in free England und zählen buchstabenweise die Orte auf, in welchen die Friedensfreunde vom Pöbel vergewaltigt worden sind. Giebt es eine Hilfe dagegen? Mag Müller träumt von einer gemeinschaftlichen Intervention der Großmächte, und unsere lieben Landsleute, siebzigtausend an der Zahl, haben von München aus einen ähnlichen Seufzer ausgehen lassen, den sie besser als an den Grafen Bülow an die Vorsehung adressirt hätten. Es ist vielleicht ein Anzeichen des abnehmenden Militiums, daß Vertreter der Kriegspartei anfangen, Interventionen herbeizuwünschen; aber darüber kann Niemand, am wenigsten ein wirklicher Engländer, sich täuschen, daß, so lange diese Partei in England regiert, jeder ausländische Versuch der Friedensstiftung vergeblich und gefährlich sein wird. Minder unmöglich, um unlogisch zu reden, ist es, daß der englische Kriegstaumel zur Besinnung kommt, bevor das Harikiri vollzogen ist. Vielleicht führen die Julimahlen ein anderes Parlament und ein anderes Ministerium herauf. Wenn nicht, was dann?"

Australien gegen die Annexion.

In Australien macht sich, wie uns aus Melbourne unter dem 22. März geschrieben wird, allmählig ein Umschwung der Stimmung in Bezug auf den Krieg geltend. Im ersten Feuer der Begeisterung gaben die Australier bereitwilligst Geld und Mannschaften her, aber allmählig hat sich die Freude an dem Kriege doch einigermaßen abgekühlt, dazu kommen die starken Strömungen im Lande, die für eine Separation von England sind, und schließlich macht die ganze Art der Kriegführung, bei der zwecklos und ohne Sinn Geld und Blut geopfert wird, einen recht unsympathischen Eindruck in Australien.

Bezeichnend für diese Stimmung ist, daß der Lord-Mayor von Melbourne, also einer der ersten Beamten des Landes, es abgelehnt hat, auf die Anregungen der Imperialisten einzugehen. Dieselben verlangten von ihm, daß er ein Meeting einberufe, in dem eine Resolution gefaßt werden sollte, durch die die Australier die englische Regierung bitten, die Republiken nach dem Kriege zu annectiren. Der Lord-Mayor, Sir Malcolm Mac Eachern, einer der besten englischen Verwaltungsbeamten, der selbst Eigenthümer eines großen Geschäftes (einer Schiffsrhederei) ist, hat es indessen durchaus abgelehnt, das Meeting einzuberufen, oder an demselben Theil zu nehmen.

Neben diesem Act sind noch andere Vorgänge bemerkenswerth für die Abflauung des Jingoismus in Australien. Die „Australian Natives Association", eine Vereinigung in Australien geborener Engländer, der nicht weniger als 17 000 Mitglieder angehören, hat in ihrer kürzlich abgehaltenen Jahresversammlung sich entschieden gegen den englischen Imperialismus ausgesprochen und wünscht die Separation Australiens vom Mutterlande, in der milden Form allerdings, wie sie durch das bekannte Amendement zu Clausel 74 des Vertrages jetzt voraussichtlich zu Stande kommen wird.

Es bildet sich dort allmählig eine Partei, die sehr treffend als die „Jung-Australier" bezeichnet worden ist. Dieselbe entbehrt noch der Organisation, ist aber gelegentlich der jetzigen schwerfälligen Verhandlungen über die Australian Commonwealth-Bill schon recht fühlbar geworden. In politischen Kreisen Australiens ist die Ansicht vorherrschend, daß eine Regelung der südafrikanischen Frage im Sinne der Gewährung von Home Rule für die Boeren von der Majorität der australischen Wähler sympathisch begrüßt werden wird; auch der Gedanke an die Cassirung der Chartered Company hat dort bereits viel Freunde.

Wir erlauben uns, bei allem Respect für die politische Einsicht der Bürger von Australien, ihnen zu empfehlen, zunächst einmal abzuwarten, ob England überhaupt jemals in die angenehme Lage kommt, über Transvaal nach Belieben zu disponiren.

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 4. Mai. „Schleichende Katholisirung des sächsischen Adels." Unter dieser Spitzmarke schreibt das „Neue Sächs. Kirchenbl." in seiner jüngsten Nummer: Der vor nicht zu langer Zeit verwittwete bekannte Reichstagsabgeordnete Kammerherr von Frege auf Abtnaundorf hat sich kürzlich wieder verheirathet. Wie wir hören, ist seine nunmehrige Gattin, eine geborene von Plato, bisher Hofdame der Prinzessin Mathilde gewesen und streng katholisch. Die Trauung ist in der Heimath der Braut, also jedenfalls katholisch erfolgt, also auch gegen die Verpflichtung zu katholischer Kindererziehung. Von ähnlichen Mischehen aus den Kreisen des sächsischen Adels sind uns aus neuerer Zeit noch drei bekannt, die Familien von Metzsch, von Kospoth und von der Planitz betreffend, alle mit katholischer Kindererziehung beziehentlich dem Gelöbniß derselben und alle aus Hof- beziehentlich Ministerkreisen. Die Fälle sind uns ungesucht bekannt geworden; wahrscheinlich ist die Gesammtzahl viel größer. So wird ein Zweig des sächsischen Adels nach dem andern katholisirt. Es sind ja reife Früchte, die hier vom Stamme evangelischen Christenthums abfallen: wer die Zukunft seiner Familie dem Romanismus ausliefert, der beweist eben damit, daß er niemals mit ganzem Herzen und voller Mannesluft bei der evangelischen Sache gewesen ist; sein und seiner Familie Verbleiben in der evangelischen Kirche würde in den meisten Fällen nur die romanisirende Richtung darin stärken. Aber es fragt sich eben, wie diese schlappe confessionelle Haltung in unsern von Haus aus gut evangelischen sächsischen Adel hineingekommen ist. Und da giebt die jetzt aufgetauchte Kniebeugungsfrage einen bedeutsamen Fingerzeig. Wenn unseren jungen Adeligen schon im Cadettenhause, wo ja ein beträchtlicher Bruchtheil davon erzogen wird, das evangelische Rückgrat in dieser Weise angeknickt wird, wo sollen sie dann später in dem für das evangelische Bewußtsein an sich erschlaffenden Milieu des katholischen Hofes die evangelische Standhaftigkeit bernehmen — ganz abgesehen von etwaigen besonderen katholisirenden Einflüssen, wie sie z. B. bei dem Uebertritte des Prinzen Schönburg bekanntermaßen doch eben mit untergelaufen sind! Die Kniebeugung evangelischer Cadetten und Officiere in der Dresdener Hofkirche ist keine vereinzelte Erscheinung; es wäre ein gänzlich verfehltes Unternehmen, wenn man sie etwa von der anderen Seite als solche und demgemäß als harmlos hinstellen wollte. Sie ist ein Glied in einer Kette, deren übrige Glieder nach der Natur der Verhältnisse ungemein schwer festzustellen sind. Um so klarer für die kirchlichen Factoren der evangelischen Seite das Recht und die Pflicht, fest zuzugreifen, wo einmal ein Stück davon sichtbar wird.

+ **Berlin**, 4. Mai. (Drei neue Reichstagsersatzwahlen und die Socialdemokratie.) Durch die am letzten Dienstag stattgehabte Ungiltigkeitserklärung dreier Reichstagsmandate (Northeim-Einbeck, Waldenburg und Westhavelland) hat die Socialdemokratie zunächst ein Mandat (Waldenburg) eingebüßt. Thatsächlich aber kommen ihr die drei Ersatzwahlen nicht ungelegen, denn sie hat nicht nur Aussicht, Waldenburg zu behaupten, sondern auch Westhavelland dazu zu gewinnen und in Northeim mindestens dem Siege recht nahe zu kommen. Alle drei Wahlkreise weisen ein ganz ungeheures Fortschreiten der Socialdemokratie in dem letzten Decennium auf. Am auffälligsten vielleicht ist diese Erscheinung in dem hannoverschen Wahlkreise Northeim, wo bis einschließlich der Wahl von 1887 die Socialdemokraten niemals auch nur 1000 Stimmen erlangen konnten; bei den letzten Wahlen aber standen sie mit 4159 Stimmen, die im ersten Wahlgange auf sie entfielen, an der Spitze sämmtlicher Parteien. Wäre der bündlerische Candidat nicht trotz der heftigen Angriffe, die seine Anhänger während des Wahlkampfes gegen die früher im Besitze des Wahlkreises befindliche nationalliberale Partei gerichtet hatten, in opferwilligster Weise von den Nationalliberalen unterstützt worden, so wäre der socialistische Candidat, dem die Welfen in der Stichwahl ihre Stimme gaben, zum Siege gelangt. Die große Stimmenzahl der Socialdemokraten in diesem Wahlkreise ist um so beachtenswerther, als der Kreis zu den typischen ländlichen Bezirken gehört; denn von den rund 97 000 Wählern des Kreises wohnen circa 70 000 in Orten von unter 2000 Einwohnern und circa 27 000 in Orten von unter 10 000 Einwohnern — Orte von über 10 000 Einwohnern giebt es in dem Wahlkreise überhaupt nicht. Nicht ganz so ländlich zusammengesetzt ist der Wahlkreis Waldenburg. Immerhin aber stehen auch hier 42 000 Bewohner kleinster und 64 000 Bewohner kleiner Gemeinden 24 000 Bewohnern einer größeren Gemeinde gegenüber. In diesem Wahlkreise hat die Socialdemokratie bis zum Jahre 1887 niemals auch nur 4000 Stimmen erzielt; im Jahre 1890 stieg sie auf über 6000 und bei den Wahlen von 1893 und 1898 auf über 11 000 Stimmen, so daß sie regelmäßig im ersten Wahlgange weitaus an der Spitze aller Parteien marschirt. Ebenso liegt die Sache im Wahlkreise Westhavelland. Hier hatten die Socialdemokraten im Jahre 1887 erst etwa 4000 Stimmen, 1890 schon 6000, 1893 schon 7700 und endlich 1898 9200 Stimmen, mit denen sie ebenfalls weitaus an der Spitze standen. Die beiden letzterwähnten Wahlkreise sind ferner ein typisches Beispiel dafür, wie mit den Fortschritten der Socialdemokratie der Rückgang des radicalen Liberalismus Hand in Hand geht. Der Wahlkreis Waldenburg ist wiederholt im Besitze der freisinnigen Partei gewesen. Noch bei den Wahlen von 1890 vermochte diese Partei in der Stichwahl — allerdings mit der thatkräftigen Unterstützung durch die Socialdemokratie — die ungeheure Zahl von 14 000 Stimmen auf sich zu vereinigen; i. J. 1893 gingen die freisinnigen Stimmen rapide auf 3700 herab und 1898 wurden nur noch knapp 3000 fortschrittliche Stimmen abgegeben. Ebenso ist der Wahlkreis Westhavelland wiederholt im Besitze der Fortschrittler, bezw. Freisinnigen, gewesen. Noch 1890 brachten sie nahezu 6000 Stimmen auf, 1898 aber wurden nur noch 4002 fortschrittliche Stimmen abgegeben. Keiner der drei in Rede stehenden Wahlkreise ist als eine sichere Beute der Socialdemokratie anzusehen, vielmehr können in allen dreien die bürgerlichen Parteien zum Siege gelangen, im Wahlkreise Northeim-Einbeck sogar im ersten Wahlgange, wofern sich eine Einigung zwischen der nationalliberalen Partei und dem Bunde der Landwirthe erzielen läßt; ebenso aber können auch alle drei Wahlkreise — und bei den Wahlkreisen Waldenburg und Westhavelland ist dies höchst wahrscheinlich — der Socialdemokratie anheimfallen, sofern die bürgerlichen Parteien sich nicht zusammenschließen. In den beiden letzterwähnten Wahlkreisen muß sogar die Unterstützung der in die Stichwahl gelangenden bürgerlichen Partei durch die anderen Parteien eine thatkräftige sein, weil dort die Socialdemokratie jeder anderen Partei allein genommen beträchtlich überlegen ist. So werden die drei Wahlen wiederum ein Prüfstein für die Einmüthigkeit des Bürgerthums gegen die Socialdemokratie sein.

⊙ **Berlin**, 4. Mai. (Telegramm.) Der Kaiser stattete gestern nach der Rückkehr von der Tauffeierlichkeit im Hause des Obersten Frhr. v. Lyncker um 5 Uhr den großherzoglich badenschen Herrschaften im Niederländischen Palais einen längeren Besuch ab. Nach dem Schlosse zurückgekehrt, erledigte der Kaiser Regierungsangelegenheiten und empfing um 7¾ Uhr den Prinzen Albrecht von Preußen und den Generaloberst Grafen Waldersee in Audienz. Zur Abendtafel waren außer den schon gestern genannten Herrschaften geladen der Kronprinz, Prinz Albrecht und Generaloberst Graf Waldersee. Heute Morgen arbeitete der Kaiser bis 9½ Uhr und begab sich darauf zum Empfange des Kaisers von Oesterreich nach dem Potsdamer Bahnhof. Mittags 1¼ Uhr findet im königlichen Schlosse bei den Majestäten eine Familien-Frühstückstafel statt, an welcher theilnehmen: der Kaiser von Oesterreich, der Großherzog und die Großherzogin von Baden, Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen, Prinz und Prinzessin Friedrich Leopold von Preußen, Prinz Albrecht von Preußen, der Kronprinz, Prinz Eitel Friedrich und Prinz Adalbert, sowie die Prinzessin Feodora von Schleswig-Holstein.

⊙ **Berlin**, 4. Mai. (Telegramm.) Kaiser Franz Josef hat den deutschen Kaiser zum General-Feldmarschall der österreichisch-ungarischen Armee ernannt.

— Betreffs der Fleischeinfuhrverbote wird in der Presse des Centrums, welches bekanntlich für die Fassung der zweiten Lesung gestimmt, sich aber seitdem nicht sonderlich dafür ereifert hat, berichtet, es seien von den Conservativen bis jetzt etwa zwei Fünftel für das Compromiß gewonnen, drei Fünftel noch dagegen, doch rechne man darauf, daß schließlich die Mehrheit dafür gewonnen werde. Wie das Centrum sich zur Sache stellt, sagen diese Blätter aber nicht. Allem Anschein nach wartet man dort den Verlauf der Angelegenheit in der conservativen Fraction ab.

L. **Aus Kiel**, 3. Mai, wird uns geschrieben: Zur Angelegenheit des am Audorfer See geplanten Panzerplattenwerkes theilen die interessirten Kreise, zu denen eine Anzahl großer Werften gehört, jetzt mit, daß das Eisenwerk für Schiffsbau sich zunächst nur mit der Herstellung von Stahlschiffsplanken zu beschäftigen gedenke, also Materialien fabriziren wolle, die für den Bau von Kriegs- und Handelsschiffen unentbehrlich sind und deren Transport vom rheinisch-westfälischen Industriebezirk in Folge des langen Landweges nicht theuer ist, während in Zukunft die Beförderung auf dem billigeren Wasserwege möglich sein wird. Daß die Fabrikation von Panzerplatten so ohne Weiteres beginnen kann, liegt natürlich außerhalb des Bereiches der Möglichkeit, daß aber im Laufe der Zeit, wenn das Unternehmen sich gut ausgewachsen hat, damit der Anfang gemacht werden soll, ist sicher. Als Terrain für das Eisenwerk ist das südliche Ufer des Audorfer Sees, wo das Wasser verhältnißmäßig tief ist und die Ufer nicht sehr hoch sind, gewählt worden.

* **Konitz**, 3. Mai. Für die morgen stattfindende Landtagsersatzwahl ist von einem Großgrundbesitzer des Kreises „zugleich im Namen anderer, es mit dem Vaterlande und unserer engeren Heimath wohlmeinender Wahlmänner" im letzter Stunde der antisemitische Reichstagsabgeordnete Liebermann v. Sonnenberg als Candidat in Vorschlag gebracht. In dem bezüglichen Flugblatt, das an sämmtliche conservative Wahlmänner verschickt worden, heißt es u. a. Empfehlungen: „Die Wahl des Reichstagsabgeordneten Liebermann v. Sonnenberg würde in ganz Deutschland als eine dringende Petition an unsere Staatsbehörden angesehen werden, Alles aufzubieten, damit der geheimnißvolle Mord an dem Gymnasiasten Ernst Winter in Konitz nicht wie ähnliche Mordthaten in den letzten Jahren (Skurz, Xanten ꝛc.) unentdeckt und ungesühnt bleibe".

* **Aus der Provinz Posen.** Ueber die Jubelfeier des Erzbisthums Gnesen, dessen 900jähriges Bestehen kürzlich gefeiert wurde, veröffentlicht die „Pos. Ztg." einen Artikel, der aus der Feder eines deutschen Katholiken zu stammen scheint und dem Folgendes zu entnehmen ist:

Das aus etwa 80 Personen bestehende Comité, das zur Feier einlud, war ein ausschließlich polnisches, die Einladungen ergingen nur in polnischer Sprache, der Festgottesdienst im Dom nur für die Polen, die Festversammlung nur aus Polen bestehend, die Redner ihre Festreden im nationalpolnischen Sinne ausklingen lassend. . . Die deutschen Katholiken in Stadt und Land ließ man einfach vor der Thüre stehen. Ferner beschloß das Jubiläums-Comité anläßlich der glücklichen Wiederkehr des Erzbischofs einen solemnen Fackelzug nur für die (polnischen) Festtheilnehmer. Aus dem Fackelzug ist aus Gründen, die von dem Comité nicht abhängig waren, nichts geworden, aber Plan und Absicht zeigen auch hier wieder, wie das Polenthum im weltlichen und geistlichen Kleide hier alles zu national-polnischen Zwecken auszubeuten bestrebt und entschlossen ist und hierbei sich nicht scheut, selbst die deutschen Glaubensgenossen zu brüskiren!

* **Frankfurt a. O.**, 4. Mai. Kaiser und König Franz Josef ist kurz vor 8 Uhr hier eingetroffen. Als der Zug in den mit Fahnen in den Farben Oesterreich-Ungarns, Deutschlands, Preußens und der Stadt Frankfurt geschmückten Bahnhof einfuhr, spielte die Regimentscapelle des Leib-Grenadier-Regiments Nr. 8, dessen erste Compagnie auf dem Bahnsteig Aufstellung genommen hatte, die österreichische National-Hymne. Der Kaiser, welcher die Uniform des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments trug, verließ den Salonwagen und begrüßte die Herren vom Ehrendienst und den österreichisch-ungarischen Botschafter v. Szögyeny, welche sich bei ihm meldeten und sich hier seinem Gefolge anschlossen. Hierauf nahm der Kaiser vom commandirenden General v. Lignitz den Frontrapport entgegen, schritt die Front der Ehrencompagnie ab und ließ dieselbe an sich vorbeimarschiren. Nach einem Aufenthalt von 10 Minuten erfolgte die Weiterreise nach Berlin. (Wiederholt.)

⊙ **Breslau**, 4. Mai. (Telegramm.) Auf Anordnung des fürstbischöflichen General-Vicariatsamtes ist der „Schlesischen Volkszeitung" zufolge für nächsten Sonntag in dem allgemeinen Kirchengebet nach der Fürbitte für das Kaiserhaus folgender Passus eingeschaltet worden: „Segne auch den heutigen Tag, an welchem sich unseren geliebten Kronprinzen die Schranken des Lebens öffnen und sei auf seinem ferneren Lebenswege ihm stets nahe mit deiner Gnade.

+ **Altenburg**, 4. Mai. Die Lohnbewegung unter den Tischlern und Sattlern unserer Stadt hat sich zugespitzt, daß die Gesellen ihre Kündigung eingereicht haben, um in einen Ausstand zu treten. Die Hauptforderungen bei den Tischlern sind: 1) Lohnerhöhung um 15 Procent, 2) 56stündige wöchentliche Arbeitszeit, 3) Minimallohn 19 bez. 17 ℳ, 4) Abschaffung der Ueberstunden.

* **Gotha**, 4. Mai. Der Ausschuß des gemeinschaftlichen Landtags ist auf den 7. Mai hierher einberufen.

* **Karlsruhe**, 3. Mai. Die Zweite Kammer des badischen Landtages hat gestern, wie gemeldet worden ist, über die lex Heinze verhandelt. Im Verlaufe der Erörterung gab der Staatsminister Nokk nach der amtlichen „Karlsr. Ztg." folgende Erklärung ab:

Die großherzogl. Regierung sei nicht in der Lage, heute über ihre Abstimmung gegenüber der sogenannten lex Heinze etwas Bestimmtes auszusprechen, sie müsse sich ihre Entschließung vorbehalten, weil noch nicht feststehe, in welcher Fassung etwa die Vorlage wieder an den Bundesrath gelangen werde. Die Regierung habe jedoch bereits im December 1895 gegen den § 184 Ziffer 3 der Regierungsvorlage, der heute im Wesentlichen § 184a sei, ihre ernsten Bedenken geltend gemacht, weil sie die Strafdrohung gegen den, welcher zu geschäftlichen Zwecken in ärgernißerregender Weise Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, die, ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzten, an öffentlichen Plätzen ꝛc. aufstelle oder anschlage, als eine in der Fassung zu unbestimmte ansehe, wodurch dem subjectiven Geschmack und der Auslegung zu viel überlassen werde. Die Regierung sei der Anschauung, daß, was strafrechtliche Ahndung verdiene, bereits durch den noch erweiterten § 184, welcher sich gegen das Unzüchtige richte, hinreichend getroffen werde. Sie glaube, daß sich für das in § 184a Gemeinte keine Fassung werde finden lassen, welche nicht den berechtigten Interessen der Kunst und des Kunsthandels eventuell zu nahe trete. Den § 184b, den sogenannten Theater-Paragraphen, welcher durch den Reichstag in den Entwurf gekommen sei, habe die Regierung in seiner ursprünglichen, sehr weitgehenden Fassung für unannehmbar erklärt; auch in der nunmehrigen, wesentlich abgeschwächten Fassung erscheine die Bestimmung immer noch bedenklich und jedenfalls angesichts der bestehenden Polizei- und Strafgesetze (§ 183 des Strafgesetzbuchs) wie auch der Herr Regierungsvertreter im Reichstage bemerkt habe, als völlig überflüssig. Die ernsten Bedenken der großherzoglichen Regierung dauerten auch heute noch fort.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Sozojodol-Schnupfen-Pulver
Vom Dache pfeift es jeder Spatz, im Reiche der Pirol: Wenn Jemand schnarcht und Schnupfen hat, Nehm' er „Sozojodol."
1/1 Dose 50 Pfg., 1/2 Dose 35 Pfg.
Zu beziehen durch die Apotheken. — Alleiniger Fabrikant:
H. Trommsdorff, chemische Fabrik, Erfurt
Alleiniges Depôt für Leipzig: Engel-Apotheke, Dr. E. Mylius.

M. Apian-Bennewitz, Papierwebereien, Papierwaarenfb.
Neuheiten von der Pariser Welt-Ausstellung.
Markt 8, Hainstr. 1, in Barthel's Hof, nur im Hofe.